

Mutter sein, Glück daheim!

Staatliche Bevölkerungspolitik setzt auf Almosen für Gebärende und Bestrafung der Kinderlosen

Steffi Graf und Madonna haben es vorge-macht – blondes (oder blond gefärbtes) Mutterglück ist wieder in, der gebärfreudige Bauch darf in die Kamera gehalten werden und für Umstandsmode, Creme gegen Schwangerschaftsstreifen und den »neuen Mutterstolz« werben. Was Claudia Schiffer hat, muss ich auch haben! Frauenzeitschriften füllen unter der peinlichen Überschrift »Man trägt wieder Bauch« ganze Seiten mit Fotostrecken freudestrahlender Promimütter, und der Spiegel feiert den »Triumph der althergebrachten Mütterlichkeit«. Dieser könnte aber auch als »Versagen der Familien- und Arbeitsmarktpolitik« betitelt werden.

Dass viele Frauen ihre Erfüllung nicht mehr im Beruf, sondern im Zusammenleben mit Kindern suchten und von der Rolle des Karriere und Familie verbindenden Superweibs überfordert seien, ist längst nicht so überraschend wie es der Spiegel gerne hätte. Vielmehr handelt es sich um die Folgen einer jahrzehntelang in Gesellschaft und Politik zementierten Geschlechterordnung. Eine Geschlechterordnung, die maßgeblich mitbestimmt, welche von im Wesentlichen drei möglichen Lebensplanungen eine Frau wählt, die sich dafür entscheidet ein Kind zu bekommen. Da wäre zunächst die urzeitliche Variante der hausbackenen Mutter als mystifizierte Hüterin von Heim, Herd und Hinterwäldlertümelei, deren Vorteil unter anderem darin liegt, dass sie zwar erwerbslos ist, aber in keiner Arbeitslosenstatistik auftaucht.

In der zweiten Version übernimmt sie nicht nur die Familienarbeit, sie darf (oder muss aus finanziellen Gründen) auch etwas dazuverdienen – in schlecht bezahlten, meist prekären Halbtagsjobs, deren Arbeitszeit auf den Schulschluss der Kinder und die Mittagspause des Mannes abge-



Das Letzte

»Antipatriarchie (sic!), hab ich mich noch nicht mit beschäftigt und hab ich auch nicht vor.«

Vera Ludwig, Die »Unabhängigen«, bei ihrer Vorstellung als ASTA-Vorsitzende

Antipatriarchie, wir wehren uns nie!

Foto: proletarisch eingekauft

stimmt ist. Die Einführung der Minijobs auf 400-Euro-Basis, so liest man in einer Presseerklärung von Laurenz Meyer (CDU), hat

zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen, davon 30 000 im Privathaushalt. Die Hausfrau, Putzfrau und Mutter lässt grüßen.

Der letzte mögliche Lebensplan ist der, aus dem sich die Frauen laut Spiegel mehr und mehr zurückziehen: Das so titulierte Superweib, das Karriere und Familie unter einen Hut bringt. Die Doppelbelastung resultiert hier aber im Wesentlichen daraus, dass die gleiche Lastenverteilung innerhalb von Haushalt und Erziehung noch nicht annähernd erreicht ist. Anders ausgedrückt: Die »Rabenmama« will sich lieber selbst verwirklichen und misst der Kinderbetreuung zu wenig Wichtigkeit zu.

Dass es hauptsächlich an Betreuungsplätzen in Kindergärten und -krippen mangelt, wird gerne unter den Teppich gekehrt. Die CDU möchte der Hausfrau und Mutter ein Erziehungsgehalt zahlen, Profi-Mama auf Vollzeit wird zur Ich-AG Kindergarten und braucht keine Fremdbetreuung. Per Ehegattensplittung wird zusätzlich dem Herrn im Haus – ob mit oder ohne Nachwuchs – die Hausfrau finanziert, gefördert wird aber eben nur die Ehe und nicht die Familie. Eklatant benachteiligt werden dabei allerdings allein erziehende Elternteile, die eine fehlende Kinderbetreuung in die Erwerbslosigkeit treibt.

Wie war das noch gleich in Frankreich? Während der seit 1996 auch in Deutschland gesetzliche Anspruch auf Kinderbetreuung tatsächlich nur auf dem Papier existiert, sind dort die Plätze in der kostenlosen *École maternelle* fast bedarfsdeckend. Damit wird nämlich dem Umstand Rechnung getragen, dass die Betreuung in Gruppen mehr soziale Kompetenz vermittelt als die Betreuung durch den Fernseher.

Zum sozialen Druck kommt bei der staatlichen Familienplanung noch das finanzielle Gießkannenprinzip hinzu: Es soll ein finanzieller Anreiz geschaffen werden, »Gebärunwillige« sollen bestraft werden: Die SPD träumt von einem Kinderzuschlag

für gering verdienende Familien bis zu 140 Euro. Einziger Schönheitsfehler: Der Zuschlag soll höchstens drei Jahre lang gezahlt werden. Angela Merkel (CDU) forderte gar im Sommer 2003 die halbe Rente für Kinderlose. Für diese Idee verlieh ihr die Emma im Juni verdienermaßen den Titel »Pascha des Monats«.

Die CDU möchte für die Kindererziehung großzügigerweise sogar 50 Euro pro Monat und Kind vom Staat in die Rentenkasse zuschießen, also den Betrag, der sonst für einen 250-Euro-Job in die Altersversicherung fließt. Ein Kopfgeld pro Wurf sozusagen. Und übrigens, ein weiterer Pluspunkt: Beim siebten Kind (mit deutscher Staatsangehörigkeit!) übernimmt der Bundespräsident die Ehrenpatenschaft. Wer wollte nicht schon immer mal einen senilen Protestanten als Paten haben? Wir schenken dem Bundespräsidenten ein Patenkind. Mehr Kinder braucht das »Vaterland«, schließlich muss ja irgendwer die halben Renten finanzieren.

Die Situation berufstätiger Mütter lässt sich jedoch sicher nicht mit partiellen Reformchenkuren zur Überwindung des »Betreuungsdefizits« und der »Verbesserung der Familienförderung« in den Griff bekommen. Stattdessen müssen veraltete Konzepte wie das Ernährermodell und die hiesige Halbtagskultur endgültig über Bord geworfen werden und es muss ein radikales Umdenken in der Gesellschaftspolitik erfolgen. Doch da ist es natürlich deutlich einfacher, Mutterglück mit Teilzeitjobs zu propagieren und darauf zu hoffen, dass sich die weiblichen Hormone bei einem Stück Mutterkuchen und einem Tässchen Fruchtwasser im Kreis der Unterwassergeburtsgruppe wieder beruhigen werden.

Raphaela Häuser, Bea Schulz

Mainstreaming the Gender

Von der Gleichstellungs- zur Karrierequote für Elitefrauen

»Die Benachteiligung von Frauen an Hochschulen, die heute mit durchschnittlich besseren Noten und in größerer Zahl das Abitur erreichen, stellt eine Vergeudung von Ressourcen und einen Verzicht auf wichtiges Humanpotential dar.« Die Gleichstellungsbeauftragte der FH Dortmund, Sigrid Michel, zeigt sich mit dieser Aussage im Trend aktueller Frauenpolitik.

Auch ihre Kollegin der Universität Köln, Christel Tomson, schwimmt mit dem Strom: Neben dem *Female Career Center*, das Studentinnen den Weg in die Führungsetagen der Wirtschaft erleichtern soll, initiierte sie das *Cornelia Harte Mentoring Programm*, das ihnen eine Betreuerin aus Wissenschaft oder Wirtschaft zur Karriereplanung zur Seite stellt. Unter dem Motto »Was »old-boys-networks« können, können wir auch!« wird hier patriarchale Klümpelpolitik kopiert.

Das sind zwei Beispiele eines Konzepts, das seit Mitte der Neunzigerjahre nicht nur an Hochschulen, sondern in allen Bereichen von Wirtschaft über Politik bis hin zur Wissenschaft Einzug gehalten hat: das so genannte Gender Mainstreaming. Mit neuem, ökonomischem Vokabular wird Frauenpolitik zu einem Instrument der »Neuen Mitte«. Nachdem die EU 1999 das Konzept des Gender Mainstreaming als verpflichtend für ihre Mitgliedsstaaten fest-

legte, ist unter anderem die rot-grüne Bundesregierung eifrig bemüht, neue Rahmenbedingungen für Frauen in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen.

Was oberflächlich wie ein Lösungsansatz zum Abbau der Diskriminierung von Frauen anmutet, stellt sich bei näherer Betrachtung als eine Verschleierung eines herrschenden Ökonomiediskurses heraus. Die Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Wirklichkeit wird tabuisiert, ohne die Gegensätze von Kapital und Arbeit sowie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung anzutasten. Ziel ist lediglich, die »besonderen Fähigkeiten von Frauen« nutzbar zu machen. Die Geschichte feministischer Wissenschaftlerinnen wird genauso ausgeblendet wie bestehende Machtstrukturen. In diesem Zusammenhang fallen weitere Schlagworte wie *Diversity* (Frauen als Zielgruppe, deren Bedürfnisse von Frauen besser angesprochen werden) oder *Total E-Quality*.

Der Verein Total E-Quality Deutschland e. V. hat sich als Ziel gesetzt, »die Begabungen, Fähigkeiten und Qualitäten von Frauen in Unternehmen zu fördern.« Deren Beiratsvorsitzende, Carola Busch, betont gern, dass sie einen Förderansatz für Frauen vertritt, der nicht auf »sozialen oder moralischen Erwägungen« gründet. Seit 1997 vergibt der Verein Prädikate an Unternehmen, die die »innovative Kraft

von Frauen« besonders fördern. Da nur wenige Firmen diesen hehren Anforderungen gerecht werden, wurden einige Unternehmen, wie beispielsweise die Deutsche Bahn AG, gleich mehrfach prämiert.

Eine breite Beschäftigung mit Genderproblematiken ist natürlich notwendig. Das Fatale am Gender Mainstreaming ist jedoch, dass soziale und politische Hintergründe vom Tisch gefegt werden. Die strukturelle Diskriminierung von Frauen spielt keine Rolle mehr. Wozu braucht man auch juristische Regelungen wie etwa eine Quote, wenn die Wirtschaft sowieso von der »Humanressource Frau« profitiert und »Chancengleichheit« zum lukrativen Geschäft mutiert? Gender Mainstreaming suggeriert, dass es lediglich darum geht, eine größere Gruppe qualifizierten Personals zu haben und die »Innovationspotenziale beider Geschlechter« zu verwerten. Die vielerorts beschworene »Chancengleichheit« wird dann lediglich durch die Neuverteilung von Positionen in bestehenden, patriarchal geprägten Strukturen umgesetzt. Dabei werden Frauen also wieder bestimmte Merkmale zugeschrieben, die sie als weiblich identifizieren und von Männern unterscheidbar machen. Diese Unterscheidung darf nicht als gesetzt angesehen und muss hinterfragt werden.

Nora Wolf, Sebastian Schröder

queergestellt

Für die freie Wahl der Lebensform

Ausgelöst durch die gemeinsame Erkenntnis, dass die Homo-Szene und damit auch der Christopher Street Day (CSD) in den letzten Jahren immer mehr kommerzialisiert worden ist, fanden sich vor zwei Jahren Leute unterschiedlicher sexueller Identitäten und politischer Herkunft zusammen, um eine kritische Gegenstimme zu den üblichen CSD-Aktivitäten zu bilden.

Menschen, die sich im Mainstream der Szene nicht mehr oder noch nie wohlfühlten, gründeten die Gruppe *queergestellt*, die eine Alternative bieten soll.

2002 wurde eine Gegendemonstration gegen die homophobe »Mahnwache gegen den Werteverfall« der faschistischen »Bürgerbewegung pro Köln«, die damit gegen den CSD mobilisieren wollte, organisiert.

In diesem Jahr nun rief *queergestellt* zum ersten Mal zu einer eigenen Demonstration anlässlich des CSD auf, um sich von der Kommerzialisierung und der politischen Ausrichtung der vom Kölner Lesben- und Schwulentag (KLuST) organisierten Veranstaltung abzugrenzen.

Das Motto »Für eine freie Wahl der Lebensform«, unter dem der Alternativ-CSD stattfand, wurde bewusst gewählt, um sich von der vom KLuST propagierten Forderung der Homo-Ehe zu distanzieren. *Queergestellt* sieht in einer juristischen Ausnahmeregelung der Homo-Ehe eher ei-

nen Rückschritt, da so eine gesellschaftliche Gruppe privilegiert wird und solidarische Strukturen weiter ausgehöhlt werden. Freiheit der Lebensform bedeutet für *queergestellt* nicht nur egoistische Klientelpolitik, sondern auch »Freiheit für das Leben in Wagen (Bauwagenplätze), Freizügigkeit (Grenzen auf für alle!), Freiheit gegenüber dem autoritären Staat (Ausbau des Überwachungsstaates stoppen!)«.

Außerdem kritisiert *queergestellt*, dass sich kleinere schwul-lesbische Gruppierungen aufgrund überhöhter Preise nicht mehr leisten können, mit einem eigenen Wagen am CSD teilzunehmen und sich die VeranstalterInnen gleichzeitig in die Abhängigkeit von GroßsponsorInnen wie Ford oder Burger King begeben.

Aber auch außerhalb des CSD ist *queergestellt* aktiv: Die Gruppe veranstaltet in unregelmäßigen Abständen die Party »Liebeskuntz«, die »Eintritt und Getränke (...) zu kuscheligen Preisen« verspricht. Wer *queergestellt* kennen lernen möchte, ist herzlich eingeladen, jeden ersten und dritten Montag im Monat ab 19 Uhr im *queergestellt-Café* im LC-Infoladen (Ludolf-Camphausen-Straße 36) vorbeizuschauen.

Sebastian Schröder

Weitere Informationen findet ihr auf der Homepage www.queergestellt.de



Felix Rau (Listenplatz 93) SprecherInnenrat der Phil, Fachschaft Sprachwissenschaft, Engere Fakultät



Ute Böhm (Listenplatz 7) BAVV, Uni-FSK



Roland (Moishe) Münchow (Listenplatz 86) Fachschaft Philosophie



Daniela Jäger (Listenplatz 60) attac campus